

MedienINFO 305 – Donnerstag, 25. September 2014

Zahl der Nichtkrankenversicherten sinkt

Schneider: FDP-Gesetz zeigt Erfolge – weitere Anstrengungen notwendig

Die gesetzlichen Krankenkassen haben 55.000 Versicherten ihre Schulden in Höhe von 1,1 Milliarden Euro erlassen und ihnen damit die Rückkehr in die Krankenversicherung ermöglicht. Das geht aus einem Bericht des Bundesgesundheitsministeriums hervor, der dem Gesundheitsausschuss im Bundestag vorgelegt werden soll. „Damit profitieren viele Bürgerinnen und Bürger bis heute von Entscheidungen, die unter FDP-Federführung in der schwarz-gelben Bundesregierung ermöglicht wurden“, erklärt die FDP-Abgeordnete Susanne Schneider, gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion NRW.

Als Ursache für die hohen Schulden hat der damalige FDP-Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr neben ausstehenden Beitragszahlungen vor allem überhöhte Säumniszuschläge ausgemacht, die von den gesetzlichen Krankenversicherungen seit Einführung der Versicherungspflicht im Jahr 2007 eingefordert werden, wenn Versicherte über längere Zeit nicht krankenversichert waren und in die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) zurückkehren wollten. „Es war richtig, dass Schwarz-Gelb diese Ungerechtigkeit in Form der überhöhten Säumniszinsen korrigiert und damit vielen Nichtversicherten den Weg zurück in die GKV ermöglicht hat“, betont die liberale Gesundheitspolitikerin.

Die CDU-SPD-Koalition dürfe sich jedoch nicht auf dem Etappenerfolg ausruhen, sondern müsse weitere Anstrengungen unternehmen, um die Zahl der Nichtversicherten weiter zu reduzieren, betont Schneider. „Gesundheitspolitisch herrscht im Berliner Regierungsbetrieb allerdings weitgehend Stillstand, lediglich Placebo-Regulierungen wie die Pläne für eine zentrale, bürokratische Terminvergabestelle für Facharztkonsultationen werden angestoßen“, kritisiert die FDP-Abgeordnete aus Nordrhein-Westfalen.